

über die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie des Parteibeirzks Westliches Westfalen. Peter Friedemann stellt engagiert und einfühlsam die Lebensgeschichte des Bochumer Initiators Heinz Hoose dar. Der überzeugte Sozialdemokrat steht auch für einen Typus von (selbst)kritischen demokratischen Sozialisten, die nie stromlinienförmig waren und in ihrer Partei aneckten, aber versuchten, ihren Grundüberzeugungen treu zu bleiben. Fotos und Dokumente zum Lebensweg Hooses schließen sich an.

Die Edition des »Roten Kämpfers« erlaubt einen Einblick in letztlich nicht abgeschlossene Diskussionsprozesse, die innerhalb der Sozialdemokratie keinen Platz fanden und ausgegrenzt wurden, und läßt »verschüttete« Alternativen, Überzeugungen und Werte der sozialistischen Bewegung sichtbar werden. *Stefan Goch, Gelsenkirchen*

Michael Schwartz, Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890-1933, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1995, 384 S., geb., 58 DM.

In der gegenwärtigen politischen Debatte über die Zulassung und Kontrolle der Gentechnologie und insbesondere der Humangenetik beziehen sich Befürworter wie auch Kritiker regelmäßig auf das Beispiel der nationalsozialistischen Rassenhygiene: Durch Abgrenzung gegenüber der NS-Praxis oder aber mit Hinweis auf von ihnen gesehene Parallelen begründen sie ihr aktuelles Votum. Beide, Befürworter und Kritiker, begeben sich damit der politisch sehr viel brisanteren Möglichkeit, die Tradition eugenischer Politik und Praxis in demokratischen Gesellschaften zu thematisieren. Der Gentechnologie wird jede Geschichte außerhalb des Nationalsozialismus abgesprochen. Auf diese Blindstelle will Michael Schwartz aufmerksam machen, indem er die von der SPD in der Weimarer Republik vertretene Eugenik als eine Variante solcher Politik im demokratischen Wohlfahrtsstaat untersucht.

Das aus einer geschichtswissenschaftlichen Dissertation hervorgegangene Buch ist in drei Teile gegliedert. Zunächst geht es Schwartz darum, »Typen des Eugenik-Diskurses der sozialdemokratischen Intelligenz« herauszuarbeiten. Im zweiten, etwa gleich langen Abschnitt diskutiert Schwartz dann diejenigen Gruppierungen innerhalb der Weimarer Sozialdemokratie, die sich für eine Integration eugenischer Maßnahmen in staatliches und gesellschaftliches Handeln einsetzten. Der Hauptteil seiner Untersuchung ist schließlich den Bemühungen sozialdemokratischer Parlamentsfraktionen gewidmet, eugenische Gedanken und Praktiken als festen Bestandteil der Bevölkerungspolitik zu verankern. Mit Hilfe dieser drei Schritte sollen die folgenden Fragen beantwortet werden: Wie rezipierte die Sozialdemokratie die Herausbildung der Wissenschaft von den Genen und welche Positionen nahm sie zu dieser neuen Wissenschaft ein? Welche Haltung fand die sozialdemokratische »Basis« hierzu? Wie übersetzten sozialdemokratische Abgeordnete die Erkenntnisse der neuen Wissenschaft in politische Forderungen und wie trugen sie zur Umsetzung der Forderungen bei?

In seiner Einleitung »Sozialismus und Eugenik« ordnet Schwartz seine Untersuchung in die Reihe geschichtswissenschaftlicher Arbeiten ein, die nach den Ambivalenzen der Moderne fragen. Die zunehmende naturwissenschaftliche Fundierung gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen und gesellschaftlicher Interventionsinstrumentarien habe um die letzte Jahrhundertwende auch der Eugenik als neuer Unterabteilung der medizinischen Wissenschaft zu großer öffentlicher Aufmerksamkeit verholfen. Der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und das Versprechen der einfachen Anwendbarkeit begründeten die Attraktivität eugenischen Denkens für eine Partei und Bewegung, die ihre gesellschaftspolitischen Forderungen und Konzepte gerne als wissenschaftliche auswies. In der Wissen-

schafts- und Machbarkeitsgläubigkeit sieht Schwartz denn auch die grundlegende Übereinstimmung zwischen Sozialdemokraten und Eugenikern.

In seiner Typologie des »Eugenik-Diskurses« in der sozialdemokratischen Intelligenz arbeitet Schwartz die Übernahme eugenischer Positionen seit den 1890er Jahren heraus: Einer Phase der Distanz ohne grundlegende Kritik in den 1890er Jahren folgte eine Zeit der schrittweisen Annäherung, in der die Umsetzung der Eugenik aber einer sozialistischen Zukunft vorbehalten bleiben sollte. Anhand der Veröffentlichungen von Oda Olberg, Hans Fehlinger und Henriette Fürth diskutiert Schwartz beispielhaft die Versuche, Sozialpolitik und Eugenik zu verbinden. Er streicht insbesondere die zunehmende Akzeptanz von Zwangsmaßnahmen innerhalb eines für erforderlich gehaltenen eugenischen Maßnahmenkatalogs heraus, betont aber auch die selbstverständliche Einheit von eugenischem Denken, Antirassismus und Antifaschismus (S. 62). Eine eindeutige Zäsur stellt Schwartz erst für 1918/19 fest. Seitdem sei die Eugenik-Debatte in der Sozialdemokratie eindeutig von den Medizinern (Grotjahn und seiner Schule) dominiert worden.

Um das Verhalten der Parteibasis gegenüber eugenischen Positionen zu erkunden, wendet sich Schwartz anschließend den »wesentlichen pro-eugenischen pressure-groups innerhalb des Arbeiterbewegungsmilieus« zu (S. 90). Ohne darzulegen, anhand welcher Kriterien er die von ihm untersuchten Verbände ausgewählt hat, sichtet er deren Verbandspresse, um eine pro-eugenische Einflußnahme, zumindest aber die »gezielte Akkumulation von eugenischer Information« (S. 90) aufzuspüren. Für die sozialdemokratische Frauenbewegung und den parteieigenen Wohlfahrtsverband »Arbeiterwohlfahrt« (AW) kommt er zu dem Ergebnis, »daß der Versuch einer massenhaften Popularisierung eugenischen Denkens in der Arbeiterbewegung nur äußerst schwierig in konkrete Beschlüsse oder gar praktisches Handeln umzusetzen war« (S. 102). Eine noch stärkere eugenische Orientierung extrapoliert Schwartz für den Lebensreform-Verband »Volksgesundheit«, der bereits Mitte der 1920er Jahre negativ-eugenische Zwangsmaßnahmen wie die Zwangssterilisation zu akzeptieren begann. Schließlich wird als letzte »Pressure-Group« die sozialistische Ärzteschaft untersucht, die sich nicht zuletzt wegen professioneller Interessen als höchst relevant für die Formulierung und die Durchsetzung eugenischer Politik erweist. Auf ihren Tagungen wie in ihrer Verbandspresse unterstrichen die Ärzte die Wissenschaftlichkeit der Eugenik. Sie zeigten sich fasziniert von dem Versprechen, durch soziale, sozialhygienische und wirtschaftliche Mittel »die Gesamtheit und damit den einzelnen gesund und glücklich« machen zu können (S. 135). Den Befund dieses Untersuchungsabschnittes bringt Schwartz mit der Formel vom »medizinisch-feministische(n) Expertenkartell« auf den Punkt. Der Einfluß der sozialtechnokratischen Experten in Gestalt der Mediziner sei ohne deren Schulteranschluß mit den zahlreichen Frauen, die den Wohlfahrts- und den Volksgesundheitsverband dominierten und »offensichtlich auch für eugenisches Denken und Handeln in besonderer Weise ansprechbar« (S. 104) waren, nicht denkbar gewesen (S. 151). Beide Gruppen gemeinsam seien in der Lage gewesen, den SPD-Fraktionen im Reichstag und stärker noch im preußischen und sächsischen Landtag in eugenikpolitischen Fragen die Feder zu führen und so pro-eugenische Politik zur sozialdemokratischen Politik zu machen. Sodann wendet sich Schwartz in seinem Hauptteil der Eugenik-Politik der sozialdemokratischen Fraktionen in den drei genannten Parlamenten zu. Er untersucht deren Haltung zu Gesundheitszeugnissen, zur Eheberatung, zu Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation. Sein Ziel ist es, nachzuweisen, daß »die sozialdemokratische Politik früher, intensiver und konsequenter als andere politische Kräfte bis 1932 die grundsätzliche Akzeptanz (und die partielle gesetzliche Verankerung) von Eugenik-Politik im politischen System der Weimarer Republik entscheidend beeinflußt hat« (S. 154). An den genannten Beispielen zeichnet der Autor diese Akzeptanz dann minutiös nach.

Die Untersuchung von Schwartz ist stark von der (von Zeitgenossen wiederholt emphatisch bejahten) Frage nach der Vereinbarkeit von Sozialismus und Eugenik inspi-

riert. Bedauerlicherweise hat diese Fixierung dazu geführt, daß grundlegendere Reflexionen über den Gegenstand der Arbeit unterbleiben. So fehlt beispielsweise jede systematische Erwägung über den Politikbereich »Bevölkerungspolitik«, dem Schwartz ja alle Beispiele für eugenische Politik entnimmt. Welcher Stellenwert kam der Bevölkerungspolitik innerhalb der Weimarer Republik zu? Inwieweit diente dieser Politikbereich gar als diskursiver Kampfplatz, dessen mit scharfer Rhetorik geführte Auseinandersetzungen von Mängeln in anderen Politikbereichen, etwa der Sozialpolitik, ablenken sollten? Ein Blick in neuere einschlägige Untersuchungen, zum Beispiel die von Cornelia Usborne 1992 publizierte Arbeit »The Politics of the Body in Weimar Germany« (dt. 1994 u. d. T.: »Frauenkörper – Volkskörper. Geburtenkontrolle und Bevölkerungspolitik in der Weimarer Republik«), hätte hier Abhilfe geschaffen. Auch auf die Kenntnisnahme neuerer sozialgeschichtlicher Studien zur sozialdemokratischen Frauenbewegung – etwa der Arbeiten von Karen Hagemann – hat der Autor verzichtet. Dies ist zum einen bedauerlich, weil die Bevölkerungspolitik so stark wie wenige andere Politikbereiche von Geschlechterpolitik geprägt wurde, zum anderen mißlich, weil der Autor den sozialdemokratischen Frauen erhebliche Verantwortung für die Akzeptanz der Eugenik innerhalb der Sozialdemokratie und damit erhebliche Macht innerhalb der Partei zuschreibt. Und mit Verwunderung muß festgestellt werden, daß selbst im Rahmen der gesteckten Grenzen der Bestand an gedrucktem Quellenmaterial nicht immer ausgeschöpft wurde. So analysiert Schwartz das Geschehen auf dem SPD-Kongreß »Sozialismus und Bevölkerungspolitik« von 1926 lediglich auf der Grundlage von Zeitungsberichten, ohne das publizierte und zugängliche Tagungsprotokoll heranzuziehen.

Es bleibt die Frage nach dem Bewertungsmaßstab, den Schwartz anlegt. Seine Intention, die Einführung eugenischer Politik im demokratischen Wohlfahrtsstaat zu problematisieren, zeugt von großer Sensibilität. Diese verliert sich leider in der allzu raschen Konzentration auf die Sozialdemokratie und der damit einhergehenden Vernachlässigung anderer politischer Milieus und Parteien. (Ein Aufsatz von Schwartz in der HZ Bd. 261, 1995, S. 403–448, bietet allerdings eine ausgewogenere Darstellung und Wertung.) Wenn denn die wohlfahrtsstaatliche Eugenik als ein Paradebeispiel für die Ambivalenzen der Moderne betrachtet werden soll, so sind doch gerade die Differenzen aussagekräftig, die sich in der Zustimmung der einzelnen politischen Gruppierungen zur Eugenik nachweisen lassen. Schließlich unterzogen sich alle politischen Bewegungen und Organisationen in der Weimarer Republik einem Prozeß der »Modernisierung«, faszinierte das Versprechen einer möglichen »Rationalisierung« aller Lebensverhältnisse weit über das sozialdemokratische Spektrum hinaus. Bei dem Vorschlag, die für die Sozialdemokratie erarbeiteten Ergebnisse in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen einzuordnen, geht es daher nicht darum, die Rolle der SPD zu schmälern oder zu beschönigen, sondern eben genau den vom Autor selbst formulierten Anspruch ernst zu nehmen.

*Christiane Eifert, Berlin*

Brigitte Studer, *Un Parti sous Influence. Le Parti Communiste Suisse, une Section du Komintern 1931 à 1939*, Verlag L'Age d'Homme, Lausanne 1994, 818 S., brosch., 78 Sfr.

Anzuzeigen ist eine äußerst umfangreiche, mit großer Sorgfalt und Akribie erarbeitete Studie über die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) in den 1930er Jahren. Inhaltlich schließt sie an Peter Stettlers Untersuchung »Die Kommunistische Partei der Schweiz (1921–1931)« (Bern 1980) an. Im Gegensatz zu Stettler und anderen früheren